

H. W. L.
APR 1927

Saar-Freund

Nachrichten aus dem
abgetrennten
Saar- und Pfalzgebiet



Mitteilungsblatt
des
Bundes der Saar-Vereine

Nummer 6 · 8. Jahrgang

Berlin, 15. März 1927.

Kein Recht im Saargebiet.

Der französische Bahnschutz kommt. — Lambert bleibt.

Am letzten Tage der Märztagung des Völkerbundes, in seiner Schlusssitzung am 12. März, hat der Völkerbundsrat die drei wichtigsten Fragen der diesmaligen Tagung erledigt: die Frage der oberschlesischen Minderheitsschulen, die Frage des Saarbahnshutzes und die der Neuernennung der Saarregierung. In allen drei Fragen handelt es sich um solche, die das deutsche Interesse stark berühren. Der offiziellen Entscheidung im Völkerbundsrat waren wie üblich mehrfache private Unterredungen zwischen den beteiligten Staatsmännern vorausgegangen. Während es gelang, in der deutsch-polnischen Streitfrage über die oberschlesischen Minderheitsschulen zu einem Kompromiß zu kommen, das der Rechtslage und damit dem deutschen Standpunkt im wesentlichen entspricht, hat in den beiden Saarfragen die französische Auffassung und damit die französische Politik einen unbesrittenen Sieg davongetragen.

Das sogenannte Kompromiß in der Frage des Bahnschutzes stellt im wesentlichen den Vorschlag der Saarregierung dar, der die Belbehaltung der bereits bestehenden Eisenbahnkommission und die Schaffung einer „Schutztruppe“ für die Eisenbahnen des Saargebiets vorsieht, die eine Effektivstärke von 800 Mann haben soll. In der Frage des Präsidenten der Saarregierung ist mit Herrn Stephens ein Übereinkommen dahin erzielt worden, daß dieser die Präsidentschaftsgeschäfte an der Saar weiterführt, bis die kanadische Regierung eine geeignete Persönlichkeit ausfindig gemacht hat, die an seine Stelle treten soll. Im übrigen bleibt es bei der Zusammenstellung der Saarregierung, wie sie bisher bestanden hat. Auch Herr Lambert bleibt auf seinem Posten, wenngleich selbst der belgische Außenminister sich für ihn nicht besonders eingesetzt hat. Wohl aber war von französischer Seite seine Ersetzung durch eine neutrale Persönlichkeit abgelehnt worden.

Nachdem eine deutsch-französische Einigung über die Frage der Bahnschutztruppe auf dem Wege persönlicher Besprechungen zwischen Dr. Stresemann und Briand bzw. Geheimrat von Friedberg und dem Saar-Referenten im französischen Auswärtigen Amt Massigli nicht zustande gekommen war, bestand am Tage der Schlusssitzung der Rats-tagung, am 12. März, der beiderseitige Wille, die Angelegenheit durch eine Abstimmung im Völkerbundsrat zur Entscheidung zu bringen. Nachdem der Berichterstatter des Völkerbundsrates über Saarfragen, der italienische Hauptdelegierte, Scialoja, den Bericht über die Angelegenheit erstattet hatte, nahm der deutsche Reichsaussenminister Dr. Stresemann das Wort, um den deutschen Standpunkt zu vertreten. Dieser gründet sich auf die Bestimmungen des Saarstatuts bzw. des Versailler Vertrages über die Ver-

pflichtung der Regierungskommission. Zur Garantierung des Schutzes von Person und Eigentum im Saargebiet und zur Aufrechterhaltung der Ordnung hat der § 30 des Statuts klar die folgenden beiden Grundsätze aufgestellt:

1. Im Saarbecken darf keinerlei Heeresdienst, weder pflichtmäßiger noch freiwilliger, geleistet werden.
2. Es darf nur eine örtliche Gendarmerie errichtet werden.

Ueber die Rechtslage kann somit keinerlei Unklarheit bestehen. Die Verhältnisse in Genf hatten sich jedoch derart entwickelt, daß der deutsche Außenminister es offenbar nicht für geraten hielt, die Rechtsfrage durch eine Abstimmung im Völkerbundsrat entscheiden zu lassen. Unter allen Vorbehalten und unter Unterstreichung des deutschen Rechtsstandpunktes erklärte sich schließlich Dr. Stresemann bereit, einen Bahnschutz anzunehmen, sofern folgende Bedingungen erfüllt würden:

1. Es muß ein nahes Datum für den Abzug der französischen Truppen aus dem Saargebiet festgesetzt werden.
2. Der Bahnschutz darf nur eine Stärke von wenigen 100 Mann umfassen.
3. Der Bahnschutz darf unter keinen Umständen sich in die inneren Angelegenheiten der Saarbevölkerung einmischen. Auf keinen Fall dürfen ihm polizeiliche Befugnisse zugebilligt werden.
4. Der Bahnschutz darf keinen rein militärischen Charakter haben und darf also nicht etwa so beschaffen sein, daß vielleicht ein französisches Bataillon in andere Uniform gesteckt wird.

Es scheint, daß über diese Vorbedingungen die deutsche Delegation mit der saarländischen Delegation vorher Fühlung genommen hatte. Auch mit dem saarländischen Mitglied der Regierungskommission, Kofmann, hatte Stresemann eine Unterredung gehabt, aus der sich jedoch offenbar eine einheitliche Auffassung zwischen Kofmann und der Saardelegation nicht ergeben hat. In Kreisen der Saardelegation scheint man vielmehr der Auffassung zugeneigt haben, daß es zweckmäßiger wäre, falls sich der deutsche Standpunkt im Völkerbundsrat nicht durchsetzen sollte, sich lieber einem Mehrheitsdiktat zu unterwerfen, um mit guten Gründen gegen die neue Rechtsbeugung

Dieser Ausgabe liegt die Nr. 3, Jahrgang 3,
der „Saarheimatbilder“ bei.

des Völkerbundes dem Saargebiet gegenüber Protest zu erheben.

In der Nachmittagsitzung des 12. März hat dann Briand die französische These entwickelt. Er hat es dabei in vielsagender Weise für zweckmäßiger gehalten, die Rechtsfrage nicht zu erörtern, sondern lediglich sich auf die Bemerkung zu beschränken, daß er der Rechtsauffassung Dr. Stresemanns nicht folgen könne. Das Durchschlagende der Briandschen Ausführungen lag in der Unterstreichende der Autorität des Völkerbundsrates, der bereits in einer früheren Sitzung — als Deutschland dem Völkerbund noch nicht angehörte — grundsätzlich beschlossen hatte, einen Bahnschutz zur Sicherung der saarländischen Eisenbahnen als Ersatz für die französischen Saartruppen zu schaffen. Im Saargebiet wird man für diese Autoritätsbedenken Briands um so weniger Verständnis haben, als dieser Beschluß damals unter völliger Mißachtung der Rechtslage, also unter Mißachtung der Autorität des Völkerbundsrates, gefaßt worden ist. Briand hat es wohlweislich unterlassen, eine Bestimmung des Versailler Vertrages oder des Saarstatuts anzuführen, die den damaligen Beschluß des Völkerbundsrates rechtfertigen ließe.

Ueber die Ausführungen Briands liegt ein authentischer Wortlaut bisher leider nicht vor. Es scheint sich aber nach den bisher bekanntgewordenen Berichten übereinstimmend das zu ergeben, daß Briand die Errichtung eines Bahnschutzkorps in der Hauptsache mit der Haltung der Bevölkerung begründet. Es ist begreiflich, wenn solche Andeutungen oder Umschreibungen Briands im Saargebiet allerhöchste Zurückweisung erfahren haben. Wäre die Saargebietsbevölkerung eine unruhige, zu Händeln neigende Bevölkerung, dann hätte es im Saargebiet längst Mord und Totschlag geben müssen, weil die französischen Truppen im Gegensatz zu den Behauptungen Briands mehr als einmal Veranlassung gegeben haben, die Bevölkerung an der Saar bis aufs Blut zu reizen. Etwa ein Duzend ungeführter Morde hat die französische Saarbesatzung auf dem Gewissen; die Zahl derer, die an ihrer Gesundheit und ihrer Ehre durch Übergriffe französischer Besatzungsangehöriger Schaden gelitten haben, ist überhaupt nicht mehr festzustellen. Die Bemerkung Briands über das gute Verhältnis, das zwischen französischer Besatzung und Bevölkerung bestehe, und wobei er sich auf Bemerkungen in der saarländischen Presse bezog, beweist, wie vorsichtig man mit Äußerungen sein muß, wenn sie gewisse politische Fragen berühren. Herr Briand zeigte sich jedenfalls in mehr als einer Beziehung über die wirkliche Lage an der Saar nicht gut unterrichtet, sonst hätten seine Ausführungen nicht von Schiefheiten erfüllt sein können.

Auch die Ausführungen, die Chamberlain in dieser Aussprache machte, zeigten das Bestreben, nicht den Rechtsstandpunkt, sondern die französische These zur Geltung kommen zu lassen. Alle schönen Worte, die in Genf gefunden wurden, um den deutsch-französischen Gegensatz in der Saarfrage zu überbrücken, können doch über die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß man sich bei der Behandlung der Saarfrage im Völkerbundsrat mit allen Kräften bemühte, nicht von dem im Saarstatut aufgestellten Recht zu sprechen, sondern den Geist von Locarno und Thoiry anzurufen, um Deutschland zu einem neuen Beweis seines Verständigungswillens zu veranlassen.

Dr. Stresemann als Präsident der Ratstagung sah sich somit vor einer doppelt schwierigen Aufgabe. Er hatte die Autorität des Völkerbundes zu wahren, und sollte auch die saar-deutschen Interessen vertreten. Sollte er es auf einen Bruch im Völkerbundsrat ankommen lassen? Die Frage scheint für den Außenstehenden leicht zu beantworten zu sein. Im Saargebiet besteht so ziemlich allgemein die Auffassung, daß es Stresemann auf eine Abstimmung im Völkerbundsrat hätte ankommen lassen müssen. Er hat es nicht getan, weil er die Saarfrage lediglich als Bestandteil jenes außenpolitischen Gesamtkomplexes betrachtet, der der Klärung in der internationalen Politik zugeführt werden muß, wenn Deutschland aus der

politischen und wirtschaftlichen Ohnmacht wieder herauskommen will. Dr. Stresemann hat während der Genfer Tagung vor den Vertretern der französischen Presse einen offiziellen deutschen Antrag an den Völkerbund um Räumung des Rheinlandes auf Grund des Artikels 431 des Versailler Vertrages angekündigt. Stresemann wird sich dabei vollkommen klar darüber gewesen sein, daß diese Frage sich nicht auf den ersten Anstoß wird regeln lassen. Das Echo, das die Ankündigung Stresemanns in der französischen Presse gefunden hat, läßt aber den Schluß zu, daß man zwar mit starken Widerständen der französischen Rechtskreise zu rechnen haben wird, daß man aber in gemäßigten politischen Kreisen Frankreichs nicht von vornherein eine Erörterung dieser Frage ablehnt.

Angeichts dieser Sachlage wird man sich auch im Saargebiet die Frage vorlegen, ob es zu verantworten gewesen wäre, die bevorstehenden Erörterungen über die Frage der Rheinlandräumung durch eine Forcierung der Saarfrage zu erschweren, oder gar bis auf weiteres zu verhindern. Wie liegen die Dinge tatsächlich? Briand reiste diesmal nach Genf mit einer scharf umgrenzten Marschrouten. Selbst wenn er in seinem Innersten davon überzeugt gewesen sein sollte, daß der deutsche Rechtsstandpunkt nicht zu erschüttern ist, dann bestand bei der ganzen Einstellung des Kabinetts Poincaré keine Möglichkeit, dieses zu einer Regelung der Saarfrage entsprechend der Rechtslage zu bestimmen. Eine bisher ungewohnte gebliebene Äußerung des französischen Völkerbundsdelegierten Paul Boncour kennzeichnet die französische Mentalität hinreichend, als er auf eine Bemerkung über die Möglichkeit einer Majorisierung Deutschlands bei einer etwaigen Abstimmung über die Saartruppenfrage äußerte: „Deutschland wird sich eben daran gewöhnen müssen.“ So spricht eigentlich kein Anhänger einer Versöhnungspolitik, so äußert sich der Vertreter der krassesten Machtpolitik. Wenn auch Boncour zu den französischen Vertretern der Linken gehört, so zählt er in Wirklichkeit tatsächlich zu den Verfechtern der französischen Gewaltpolitik. Briand ist dieser Richtung zweifellos nicht zuzuzählen, er gehört zu jenen französischen Politikern, die einen Ausgleich mit Deutschland anstreben, die aber gerade jetzt im Kabinett Poincaré keine Mehrheit haben und auch nicht finden werden. Briand gehört aber zu den einflussreichen Persönlichkeiten der französischen Verständigungspolitik, so daß Deutschland kein Interesse daran haben kann, Briand etwa durch einen Sturz einflusslos zu machen.

Das dürften Erwägungen gewesen sein, die Stresemann veranlaßten, in Genf zu der Saarfrage einem Kompromiß zuzustimmen, das einen Bahnschutz in Stärke von 800 Mann vorsieht. Was Stresemann erreichen konnte, war, daß dieses Bahnschutzkorps nicht wie vorgesehen, der Rheinlandarmee, sondern der Saarregierung unterstellt wird. Er hat weiter erreicht, daß der Saarregierung aufgetragen wird, zu prüfen, ob der Bahnschutz nicht mit weniger als 800 Mann durchgeführt werden kann, und er hat ferner erreicht, daß für die Zurückziehung der französischen Truppen ein bestimmter Termin, nämlich der 1. Juni 1927 festgesetzt worden ist.

Insofern ist die Forderung des Saargebiets erfüllt worden, daß die Zurückziehung der französischen Besatzung nicht nur beschlossen, sondern die Zurückziehung terminmäßig festgelegt worden ist. Man darf also behaupten, daß durch Stresemanns Völkerbundspolitik in sechs Monaten das erreicht wurde, was in 6jährigem schweren Kampf mit Noten und Protesten nicht durchzusetzen war. Die französische Besatzung verschwindet und mit ihr die französische Gendarmerie, die trotz aller entgegenstehender Bestimmungen bis zum heutigen Tage noch eine sehr intensive Überwachungs- und Spionagetätigkeit gegen die eingeseffene Bevölkerung ausübt.

Was das Saargebiet erstrebte ist nicht restlos erreicht. Die Besatzung wird nicht bedingungslos zurückgezogen, sondern es wird ein Bahnschutzkorps „interalliiert“, in Wirklichkeit rein französischen Charakters aufgestellt. Bestimmungsmäßig wird dieses Korps zur restlosen Untätigkeit verurteilt sein, da die Saargebietsbevölkerung die beste Gewähr dafür gibt, daß diesen neuen Auf-

sichtselementen „für die Sicherheit französischer Truppentransporte auf den Saarbahnen“ keine Gelegenheit zur Betätigung gegeben werden wird. Eines wird erforderlich sein: darauf zu achten, daß dieses Bahnschutzkorps lediglich sich der ihm zugewiesenen Aufgabe widmet. Jedes Bestreben des Bahnschutzes, sich in die inneren Angelegenheiten der Saar-gebietsbevölkerung oder der Saarverwaltung einzumengen, muß von vornherein auf das entschiedenste abgelehnt werden. Es muß darauf geachtet werden, daß das Bahnschutzkorps keinerlei Anweisungen der französischen Rheinlandbesatzung oder der französischen Grubenverwaltung entgegennimmt, oder daß die Saarregierung ihr alleiniges Verfügungsrecht über dieses Bahnschutzkorps in irgendeiner Form aus der Hand gibt. Man sollte glauben, wenn so dieses von Frankreich geforderte und vom Völkerbund zugestandene Bahnschutzkorps auf die ihm zugewiesene Aufgabe beschränkt bleibt, es sich in sehr kurzer Zeit von selbst auflöst, weil es sich zu Tode langweilt. Selbst die Saarregierung, besonders wenn sie im nächsten Jahre dem Wunsche des deutschen Außenministers entsprechend eine neutralere Zusammenfassung erfährt, wird dann dafür eintreten, daß die Zahl dieses Korps wesentlich herabgesetzt wird.

Ebenso stark wie in der Frage des Bahnschutzes ist die Enttäuschung der Saar-gebietsbevölkerung über den Beschluß des Völkerbundsrates hinsichtlich der Zusammenfassung der Saarregierung. Im Völkerbundsrat konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß die Saar-gebietsbevölkerung einstimmig Herrn Lambert ablehnt, weil er sich nicht als neutraler Sachwalter im Rahmen der ihm durch die Völkerbunds-instruktion gegebenen Aufgaben gehalten hat, weil er nicht den geringsten Versuch unternommen hat, der Saar-gebietsbevölkerung näher zu kommen, und weil er es in den sieben Jahren seiner Zugehörigkeit zur Saarregierung nicht für notwendig befunden hat, sich mit der Saar-gebietsbevölkerung in der Sprache zu verständigen, die allein im Saar-gebiet gesprochen wird, nämlich die deutsche. Herr Lambert hat niemals verleugnet, daß er sich als Vertreter französischer Interessen fühlt; wenn er zwischen französischen und Völkerbundsinteressen im Saar-gebiet zu entscheiden hatte, entschied er sich für die ersteren. Herr Lambert gehört zu den Vertretern des belgischen Militarismus, die die Verständigungs-politik des belgischen Außenministers Vandervelde verneinen, wenn nicht sabotieren. Vielleicht hätte Herr Vandervelde Herrn Lambert von sich aus fallen lassen, wenn man nicht kurz vor der Ratstagung in einem Teil der saarländischen Presse taktisch etwas unklug gegen Herrn Lambert operiert hätte. Man muß auch im Saar-gebiet mit den Dingen rechnen, wie sie sich durch die veränderten Machtverhältnisse nach Versailles ergeben haben. Die verschiedenen Angriffe gegen Herrn Lambert hat Herr Poincaré als gegen die französische Politik gerichtet betrachtet und wie seiner Zeit in der Frage Eupen-Malmédy Belgien vorgeschrieben, wie es sich in der Frage der Neuernennung der Saarregierung zu verhalten hatte. Diese Frage ist in vertraulicher Sitzung erledigt worden, so daß man nichts näheres über den Verlauf der Aussprache erfahren konnte. Nur soviel ist mitgeteilt worden, daß Dr. Stresemann den Wunsch geäußert hat, daß im nächsten Jahre bei der Neuernennung der Saarregierung Herr Lambert durch eine andere neutrale Persönlichkeit ersetzt würde, nachdem dem Saar-gebiet seinerzeit durch Beschluß des Völkerbundsrates versprochen worden ist, daß kein Mitglied länger als 5 Jahre der Saarregierung angehören soll. Herr Lambert hat trotz dieses Beschlusses und trotz des allgemeinen gegen ihn im Saar-gebiet ausgesprochenen Mißtrauens nicht die Konsequenzen gezogen, sondern hat auf seine Wiederernennung bestanden, um ein weiteres Jahr auf Kosten der Saar-gebietsbevölkerung gegen ihre Interessen tätig zu sein.

Darüber besteht kein Zweifel, der Völkerbundsrat hat der Saarbevölkerung mit seinen Märzbeschlüssen eine schwere Enttäuschung bereitet. Die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes hat auf ihrem Parteitag am 13. März in einer Entschließung ihrer Enttäuschung über die Behandlung der Saarfragen durch den Völkerbunds-

rat Ausdruck gegeben und erklärt, daß die dem Verbleiben des Herrn Lambert durch Briand gegebene Begründung im Widerspruch zu der Tatsache steht, daß die Bevölkerung bereits seit zwei Jahren zu- lezt noch in einer Eingabe der Sozialdemokratischen Partei in der Märztagung im Jahre 1926 dessen Abberufung forderte. Die Saar-gebietsbevölkerung hat zu Herrn Lambert kein Vertrauen und erwartet unter Berufung auf das dem Völkerbunde zugrundeliegende Prinzip der „Selbstbestimmung der Völker“, daß die Frage der Nachfolge für Herrn Lambert bis spätestens zur Junitagung des Völkerbundes geregelt wird. Der sogenannte Bahnschutz wird als äußerlich veränderte Maske der bisherigen französischen Besatzung bezeichnet. Die Partei verlangt, daß das Militär gänzlich herausgezogen wird, und daß die Aufstellung einer neuen verkleideten Truppe unter dem Namen „Bahnschutz“ unterbleibt. Ähnliche Auffassungen über das völlige Versagen des Völkerbundes in der Saarfrage bestehen bei allen politischen Parteien des Saargebietes. Die gesamte saarländische Presse nimmt gegen die in Genf getroffenen Regelungen hinsichtlich des Saargebietes zum Teil aufs schärfste Stellung. Es ist damit sachlich wieder eine Einheitsfront an der Saar aufgerichtet worden, die den Völkerbund erneut eindringlichst ermahnt, seine an sich schon an der Saar nicht sehr hoch eingeschätzte Autorität durch neue Verletzungen der Rechtslage nicht gänzlich zu untergraben.

Wir schließen uns diesen Auffassungen über das Verhalten des Völkerbundsrates restlos an, können uns aber nicht die Meinung zu eigen machen, als ob das Versagen in erster Linie auf die Haltung der deutschen Delegation in Genf zurückzuführen wäre. Es ist auch im Saar-gebiet manches versehen worden, und nicht immer hat man richtig taktiert, nicht immer hat man versucht, der besonderen Schwierigkeiten Rechnung zu tragen, denen sich die deutsche Außenpolitik gegenüber sah. Die Enttäuschung des Saar-gebiets über den Ausgang der diesmaligen Verhandlungen des Völkerbundsrates über die Saarfragen bestätigt unsere seinerzeit geäußerten Befürchtungen, daß nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund leicht eine Entfremdung zwischen Saargebiet und deutscher Reichspolitik eintreten könnte, wenn der Völkerbundsrat trotz der Mitwirkung der deutschen Vertreter zu Entscheidungen kommt, die der Auffassung und den Interessen des Saargebietes nicht entsprechen. Wir halten aber die Saar-gebietsbevölkerung und ihre politischen Vertreter für politisch so klug, daß wir ihr aus dem jetzigen deutschen Mißerfolg in Genf nicht eine dauernde Verstimmlung gegen die deutsche Reichsregierung und gegen die deutsche Außenpolitik zutrauen. Eine engere Fühlungnahme aber zwischen Saar- und deutscher Außenpolitik ist dringend notwendig. Das Saargebiet hat bei früheren Gelegenheiten sich auf den anerkanntswerten Standpunkt gestellt, daß die großen Gesichtspunkte und Ziele der deutschen Außenpolitik nicht durch Rücksicht auf das Saargebiet in eine falsche Richtung gedrängt werden dürfen. Nur im Rahmen der Gesamtpolitik des Reiches sollen die Fragen des Saargebietes ihre Regelung finden, wobei die Grundrichtung der Saarpolitik natürlich nicht verlassen werden darf: baldigste Liquidierung der unhaltbaren Versailler Saarregelung.

Die Entscheidung des Völkerbundsrates in Genf entspricht zwar nicht der Rechtslage, mit der Zurückziehung der französischen Saartruppen ist aber zweifellos eine Etappe auf dem Wege zur endgültigen Befreiung des Saargebietes erreicht worden. Darin liegt die Bedeutung der deutschen Mitwirkung im Völkerbundsrat, wenn sie auch noch nicht restlos das durchsetzen konnte, was erstrebt wurde und was man von Rechts wegen billigerweise fordern darf.

Eines hat allerdings auch der diesmalige Verlauf der Genfer Tagung ergeben: Der Völkerbund ist noch sehr, sehr weit davon entfernt, ein Hüter des Rechts und der Gerechtigkeit zu sein; er erweist sich auch heute noch als ein ganz einseitig gestimmtes Instrument in der Hand der Siegerstaaten bzw. der Staatsengruppen, die sich gebildet haben, um sich den in Versailles geteilten Raub gegenseitig zu sichern und jeden Versuch, einen Rechtszustand zu schaffen, gemeinsam

abzuwehren. Wenn unter solchen Voraussetzungen Deutschland mit seinen Rechtsforderungen nicht durchbringen konnte, dann soll man nicht die deutsche Delegation oder die deutsche Außenpolitik dafür verantwortlich machen. Die Tatsache der Mitgliedschaft Deutschlands im Völkerbund allein genügt eben nicht, um die Machtposition der einstigen Entente und ihrer Nachkriegsverbündeten in der europäischen Politik zu brechen. Hier kann nur systematisch kluge Arbeit langsam Bresche legen. Die Zurückziehung der französischen Saartruppen ist in dieser Richtung zweifellos ein Fortschritt, wenngleich man der neugeschaffenen Bahnschutztruppe nach mehr als einer Richtung Argwohn entgegenbringen und Wachsamkeit schenken muß.

Vertrauensfundgebung der Deutsch-Saarländischen Volkspartei für Reichsaußenminister Dr. Stresemann

In einer außerordentlich stark besuchten Versammlung der Deutsch-Saarländischen Volkspartei (Vereinigte Liberale und Demokratische Partei, die am 17. 3. in der Turnhalle des 48er Turnvereins stattfand, wurde nach einem Referat des Parteivorstehenden Abg. Schmelzer, der als Mitglied der Saardelegation während der letzten Tagung des Völkerbundsrates in Genf gewelt hat, folgende Entschlebung gefaßt:

„Wiederholt ist der Versailler Vertrag von seinen Verfassern als rechtlich unanfechtbare Grundlage für das gegenwärtige Saarregime bezeichnet worden. Leider hat die Saarbevölkerung oft feststellen müssen, daß von den Vertragspartnern Deutschlands die Bestimmungen des Vertrages in den Fällen, in denen rechtliche Bindungen zugunsten des Saargebietes vorliegen, unberücksichtigt geblieben sind.

Mit großer Enttäuschung und tiefem Bedauern hat sie davon Kenntnis genommen, daß auch der für die Durchführung der Vertragsbestimmungen verantwortliche Völkerbundsrat die bestimmten Erwartungen der Bevölkerung nicht zu erfüllen vermochte. Die Saarbevölkerung hält daran fest, daß keine sachlichen Gründe vorlagen, den Rechtsboden in der Frage des Bahnschutzes zu ver-

lassen, wie sie auch unverrückt auf dem Standpunkt steht, daß allein eine neutrale Zusammensetzung der Saarregierungscommission den Grundätzen und dem Geist des Völkerbundes entspricht. Die Deutsch-Saarländische Volkspartei, die seit Jahren für die moralische und faktische Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Saarbevölkerung kämpft, richtet an die im Völkerbund vertretenen Regierungen und Nationen den Apell, den Forderungen nach Umgestaltung des Saarregimes im wahren Völkerbundsgeist baldmöglichst Rechnung zu tragen. Die gegen die Bevölkerung des Saargebietes erhobenen Vorwürfe und Anschuldigungen weist sie als völlig grundlos zurück.

Mit Befriedigung hat die Partei zur Kenntnis genommen, daß der deutsche Vertreter im Völkerbundsrat, Reichsaußenminister Dr. Stresemann, die saarländischen Interessen im Rahmen des Möglichen vertreten und nur aus höherer politischer Erwägung heraus dem Kompromiß seine Zustimmung gegeben hat. Die Partei spricht dem Außenminister daher den herzlichsten Dank aus.

Desgleichen dankt sie herzlichst ihren Genfer Delegierten, die sich in arbeitsreichen Tagen um eine annehmbare Lösung der Saarfragen bemühten und spricht ihnen unter voller Billigung aller Maßnahmen ihr unbeschränktes Vertrauen aus.

Im übrigen haben die Genfer Verhandlungen die Partei in der Erkenntnis bestärkt, daß eine befriedigende Lösung der Saarfragen nur möglich ist, durch einen baldigen und restlosen Wiederanschluß des Saargebietes an das Vaterland.“

Ferner wurde die Absendung folgenden Telegramms an den Reichsaußenminister Dr. Stresemann beschlossen:

„Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Berlin. Eine im Saargebiet tagende große Versammlung der Deutsch-Saarländischen Volkspartei spricht Ihnen für die nachdrückliche Vertretung der saarländischen Interessen vor dem Völkerbundsrat den herzlichsten Dank aus. Wenn auch die Bevölkerung von dem gefundenen Kompromiß nicht befriedigt ist, so würdigt sie doch was angesichts der aufgetauchten Schwierigkeiten im Rahmen des Möglichen erreicht worden ist. Die Partei bittet Sie, auch weiterhin für die Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes der Saarbevölkerung einzutreten.“

Das Saartruppen-Manöver.

Von Dr. Gg. Krause-Wichmann.

Die nachgerade überfällige Saartruppenfrage stand in der eben abgeschlossenen Frühjahrstagung des Völkerbundsrates wiederum zur Verhandlung in Genf. Daß sie nach sieben Jahren überhaupt noch existieren konnte, muß als erstaunlich bezeichnet werden; denn der Versailler Vertrag gibt nicht im geringsten irgendwelchen Anlaß zu Zweifeln über die Unrechtmäßigkeit der Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet. Klipp und klar bestimmt § 30 des Saarstatuts (Anlage zu Art. 50 des Versailler Vertrags), daß zur Aufrechterhaltung der Ordnung nur eine „örtliche Gendarmerie“ eingerichtet wird.

Keine Silbe von Besatzung, Garnison oder internationaler Bahnschutztruppe! Das französische Militär hätte also spätestens im Januar 1920, als das Saargebiet bei der Uebernahme der Regierungshoheit durch den Völkerbund neutralisiert wurde, verschwinden müssen. Denn es widerspricht auch dem Wesen der neutralen Verwaltung eines Abstimungsgebietes, daß sich Truppen einer an der Abstimmung interessierten Macht dort aufhalten.

Wenn es Frankreich auch anfänglich gelang, die Anwesenheit seiner Truppen mit dem nicht genügenden Ausbau der örtlichen Gendarmerie dem Völkerbund plausibel zu machen, so hat sich der Völkerbundsrat dennoch nicht den Erfordernissen der oben gekennzeichneten Rechtslage verschlossen. Bereits im Sommer 1921 nahm er eine Entschlebung an, in der es hieß:

„Der Völkerbundsrat betrachtet die Aufrechterhaltung einer Garnison (so hatte die Regierungskommission die Besatzungstruppen schnell umgetauft) nicht als eine der dauernden Bedingungen der Organisation des Saargebietes und ist der Auffassung, daß man von den ausländischen Truppen sich frei zu machen hätte, sobald die örtliche Gendarmerie genügend organisiert sei.“

Wie konsequent dabei die Absicht des Völkerbundsrates auf völlige Entfernung des französischen Militäres aus dem Saargebiet hinausging, erhellt aus der in der gleichen Sitzung an die Regierungskommission gegebenen Anweisung, gleichzeitig auf die französische Gendarmerie zu verzichten. Es muß betont werden, daß dieser Beschluß, der in der folgenden Zeit inhaltlich mehrfach wiederholt wurde, bereits vor fast sechs Jahren ohne Deutschlands Mitwirkung in Genf zustande kam.

Da der jahrelang verschleppte Ausbau der örtlichen Gendarmerie seit März 1926 endlich durchgeführt ist, mühten selbst nach der französischen Argumentation die „Garnisonstruppen“ also bereits seit einem Jahr das Saargebiet verlassen haben. In Wirklichkeit halten sie bis zum heutigen Tage unter außerordentlicher Verschärfung der Wohnungsnot allein in Saarbrücken noch 49 (neunundvierzig!) Gebäude besetzt. Entgegen den Anweisungen des Völkerbundes haben sie seit einem Jahr keine weitere Verminderung erfahren.

Als der Vorwand des ungenügenden Ausbaues der örtlichen Gendarmerie hinfällig geworden war, versiel Frankreich auf die Ausrede, der Truppendurchgangsverkehr durch das Saargebiet müsse „sichergestellt“ werden, wozu man französische Truppen brauche. Bedauerlicherweise erkannte der Völkerbundsrat noch vor Deutschlands Eintritt diese durch nichts gerechtfertigte Forderung an und beauftragte die Regierungskommission, Vorschläge zum Schutz dieses Durchgangsverkehrs zu machen. Prompt erhielt der Rat darauf ein von der profranzösischen Mehrheit der Regierungskommission verfaßtes Gutachten, das sich für die Belassung von 800 Mann französischer Truppen zur Sicherung des Durchgangsverkehrs aussprach. Dieser Vorschlag, dem sowohl das saarländische Mitglied Kohnmann als auch der kanadische Präsident der Regierungskommission Stephens in einer besonderen Denkschrift widersprach, wurde vom Völker-

bundsrat nicht angenommen. Vielmehr beauftragte er die Regierungskommission im September 1926, ein neues Gutachten auszuarbeiten, das am 12. März in seiner Schlusssitzung dem Völkerbundsrat zur Beschlussfassung unterlag. Es stellt, nur unter einer anderen Fassade, im Grunde genommen nichts anderes als eine Wiederholung des bereits einmal vom Völkerbundsrat verworfenen Vorschlages auf Belassung von 800 Mann französischer (gesagt ist „interalliierte“) Truppen im Saargebiet dar.

Die 1920 in „Garnison“ umgetaufte Besatzung hat rasch eine andere Bezeichnung erhalten und tritt in der Denkschrift jetzt als internationale Saarschutztruppe, auch Polizeitruppe, auf. Daß es sich, was ernsthaft kein Franzose bestreiten kann, um französische Truppen handelt, geht ganz klar aus der Anregung hervor, daß sich die Regierungskommission mit den Rheinlandbesatzungsmächten in Verbindung setzen will, damit ihr diese die nötigen Truppen zur Verfügung stellen. Wer anders als Frankreich sollte sich lebenswürdigerweise zur unentgeltlichen Lieferung dieser Truppen bereit erklären? Abgefahrene Komödie!

Aber ganz abgesehen davon, daß der Durchgangsverkehr durch das Saargebiet natürlich mühelos von der ohnedies größtenteils überflüssigen, höchst kostspieligen örtlichen Gendarmerie „gesichert“

werden kann — so daß also interalliierte (lies: französische) Truppen gänzlich überflüssig sind — muß darauf verwiesen werden, daß bereits der dauernde Durchgang interalliiertener Truppen durch das Saargebiet in höchstem Maße eine Neutralitätsverletzung darstellt, die sich die ebenfalls neutrale Schweiz sicherlich nicht gefallen lassen würde.

Das Verlangen, durch im Saargebiet ständig stationierte interalliierte Militäranghörige einen fremden Truppengangsverkehr sicherstellen zu lassen, ist daher höchst überflüssig, da interalliiertes Militär auch als Passant im Saargebiet nichts verloren hat. (Wer die Entstehungsgeschichte des Saarstatuts kennt, weiß, daß sich Wilson diesem Verlangen zweifellos widersetzt haben würde.) Uebrigens haben die politischen Parteien des Saargebiets in einer Denkschrift an den Völkerbundsrat überzeugend nachgewiesen, daß die Verbindung zwischen dem besetzten Gebiet und Frankreich auf anderen Verkehrswegen bequem und in jeder Beziehung ausreichend aufrecht erhalten werden kann. Warum also ausgerechnet das neutrale Saargebiet als Aufmarschgelände für die Rheinarmee benutzen?

Wolken über der Saar.

Von Herrn Oberst L. af Petersen in Stockholm erhalten wir den Ausschnitt eines in 10 schwedischen Zeitungen erschienenen Aufsatzes „Molnen över Saar“, den wir hier in Uebersetzung folgen lassen. Oberst L. af Petersen, der uns in unserem Aufklärungskampf seit Jahren unermüdlich und uneigennützig unterstützt hat, spricht in einem Begleitschreiben die Hoffnung aus, daß das Saargebiet für Deutschland nun gerettet ist, wenn auch die Franzosen immer noch Schwierigkeiten machen.

Nach der sonnigen Stimmung, welche Locarno und Thoiry unter der unglücklichen Saarbevölkerung, die sogar zu hoffen wagte, daß die Stunde der Befreiung nun bald schlagen würde, hervorgerufen wurde, war die Enttäuschung so viel stärker, als der Völkerbund bei der einen Sitzung nach der anderen im vergangenen Jahr seine Pflicht nicht erfüllte, eine schützende Hand über der kleinen Bergbevölkerung zu halten, die der Willkür und Vergewaltigung ausgeliefert war. Anstatt ein Freudejahr wurde 1928 ein Jahr der Trauer und bitterer Enttäuschung, wo eine dunkle Wolk nach der anderen am Horizont aufstieg, die schließlich den ganzen Himmel bedeckten.

Die Aufnahme, die die Unterredung in Thoiry zwischen Briand und Stresemann in der französischen Presse gefunden hatte, waren die Vorboten dieser Widerwärtigkeiten. Aus den Auslassungen der französischen Presse konnte man deutlich erkennen, daß der Verständigungsgedanke nicht allgemein Anklang in weiten Kreisen Frankreichs gefunden hat. Als dann diese Kreise bald die Oberhand in der französischen Politik bekamen, konnte man daraus schließen, daß der führende Wille — Poincaré — im Grunde genommen nicht die wohlwollende Politik billigte, die sein Außenminister angekündigt hatte. Wenn Briand in der Rheinland- und Saarfrage sich zu gewissen Zugeständnissen bereit gezeigt hatte, so lag dies daran, daß Frankreich zu diesem Zeitpunkt sich in einer schweren finanziellen und Valutakrise befand, aus welcher man mit deutscher finanzieller Hilfe herauszukommen hoffte. Nachdem es aber Poincaré gelungen war, mit Hilfsmitteln des eigenen Landes die Krisis zu hemmen, und man nicht mehr eine finanzielle Unterstützung von Deutschland benötigte, fanden die französischen Machthaber, daß sie die ganze Thoirypolitik fallen lassen konnten.

Nachdem also die Saarbevölkerung eingesehen hatte, daß direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich die Rettung nicht bringen würden, wandte sie sich an den Völkerbund als den einzigen Ausweg. Obwohl die Saarfrage noch bei jeder Ratssitzung auf der Vortragsliste stand, ist der Bundesrat doch nicht zu bewegen gewesen, die Angelegenheit ernsthaft aufzunehmen und eine Entscheidung zu treffen. Bei seiner Frühjahrssitzung hat der Rat zwar eine neue Regierung für das Saargebiet ausersehen und dabei den Quälgeist Raut aus geschlossen, da aber von den fünf Regierungsmitgliedern drei im Dienste der französischen Interessen standen, wurde dasselbe Regime, wie zur Zeit des abgeschobenen Regierungspräsidenten, weitergeführt. Die andere große Frage, welche der Rat bei

der Sitzung zu behandeln hatte, galt die Fortnahme der französischen Truppen aus dem Saargebiet. Obwohl der Völkerbund schon längst anerkannt hatte, daß der Aufenthalt dieser Truppen im Saargebiet im Widerspruch zu den ausdrücklichen Bestimmungen des Versailles-Vertrages stand, so konnte sich der Rat zu diesem Beweis von Gerechtigkeit doch nicht entschließen. Von französischer Seite schloß man vor, daß die Truppen bleiben müßten, um „die französischen Etappenlinien zu schützen“, eine Einwendung, die nicht stimmt, da die französischen Truppen kein Durchzugsrecht durch das Saargebiet haben.

Sowohl bei der Sommer- wie bei der Herbstsitzung wurde die Frage ohne Debatte aufgehoben. Erst bei der Wintersitzung sollte die Entscheidung getroffen werden, und man hoffte das Beste im Saargebiet, denn der Völkerbund hatte sich bestimmt für das Zurückziehen der Truppen ausgesprochen. Dann fand man, daß das französische Militär an der Saar nicht entbehren konnte, weil es „die Eisenbahn schützen mußte“. Gegen wen die Eisenbahn geschützt werden sollte, wird niemanden klar, aber der falsche Vorwand wurde doch vom Rat angenommen und — die Truppen konnten bleiben.

Daß eine solche Hinausschiebung einmal über das andere trotz juristisch absolut klaren und wohlmotivierten Bestimmungen vom Völkerbunde geduldet wird, trägt nicht dazu bei, dessen Prestige zu stärken. Es zeigt auch, in welchem Grade der Bund privaten Intrigen anheimgefallen ist. Die Saarbevölkerung hat dessen ungeachtet unermüdlich ihren Kampf fortgesetzt, um den Bund dazu zu bewegen, sich nach den Bestimmungen des Friedensvertrages zu richten und ihr ihre vertragsrechtlichen Rechte zuzuerkennen. Während des vergangenen Jahres haben die verschiedenen politischen Parteien im Saargebiet eine Beschwerdebuch nach der anderen an den Völkerbundsrat eingereicht, worin sie mit bindenden Beweisen gezeigt haben, welcher Landesverderblichen Methoden sich auch die jetzige Regierung bedient und welche politischen und wirtschaftlichen Folgen diese mit sich führen. In

Einige Interessenten suchen in den Besitz folgender alten Nummern des „Saar-Freund“, die völlig vergriffen sind, zu kommen: Jahrg. 1 Nr. 1—15, 24; Jahrg. 2 Nr. 6, 8, 14, 15, 19—23; Jahrg. 3 Nr. 1, 2, 4—8, 11, 13—15, 24; Jahrg. 5 Nr. 5. Wir bitten die Bezieher, die auf eine Vollständigkeit ihrer Sammlung keinen Wert legen, die aber die oben aufgeführten Nummern besitzen, uns doch die Exemplare, evtl. gegen Erstattung der Kosten, gest. zur Verfügung stellen zu wollen.

Für ein Entgegenkommen sagen wir im voraus verbindlichsten Dank.

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“
Berlin SW. 11, Königsgräber Straße 94.

jeder Beschwerde schrift hat man eindringlich um das unmittelbare Eingreifen des Rats gebeten, ohne daß der Rat es in einem einzigen Falle für nötig gefunden hat, sich mit einem einzigen der offenbaren Mißverhältnissen zu befassen.

Hinzu kommt noch, daß das Saargebiet auf Grund des steigenden Frankenkurses vor einer verheerenden Deflationskrisis steht. Trotz der Valutasteigerung hat nämlich die französische Grubenverwaltung ununterbrochen die Kohlenpreise in die Höhe getrieben, so daß die Saarkohle nun-

mehr 30 Prozent teurer ist als die Ruhrkohle. Wenn man bedenkt, daß die Saarkohle bedeutend geringer an Qualität ist als die andere und auch daß die Frachten sehr ungünstig sind, so wird man leicht einsehen, daß die Industrie des Saarlandes ihrer Konkurrenzkraft beraubt worden ist, und daß schwere Notverhältnisse vor der Tür der tapfer kämpfenden Bevölkerung stehen, die in jeder Weise schikaniert und eingeengt werden von einem fremden Gewaltsregiment.

Der französische Grubensiskus erzwingt Lohnabbau in der Schwerindustrie.

In unserer letzten Nummer hatten wir auf die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung der Verhältnisse im Saargebiet hingewiesen und mitgeteilt, daß durch die Ankündigung eines 12prozentigen Lohnabbaues in der saarländischen Schwer- und Grubenindustrie ab 16. März in der gesamten Arbeiterschaft an der Saar sich eine starke Erregung bemerkbar gemacht hatte. Es scheint, als ob die verschiedenen Beprechungen, die über alle Streitfragen zwischen Arbeiterschaft und Arbeitgeberchaft in Verbindung mit der Frage der Zollstundungen, Vetenerungsaktion und des Lohnabbaues in Berlin stattgefunden haben, die von uns erhoffte Klärung gebracht haben, so daß sich die beiden streitenden Parteien nicht mehr wie zwei feindliche Lager gegenüberstehen. Wenn auch die Verhandlungen, die über den Lohnabbau in der Schwerindustrie zwischen den Gewerkschaftsvertretern und den Vertretern des Arbeitgeberverbandes nicht zu einer grundsätzlichen Einigung führten, so haben sie schließlich doch einen Schiedsspruch veranlaßt, der den Lohnabbau der Form wie dem Umfang nach mildert und den die Schwerindustrie anzunehmen bereit war. Dieser Schiedsspruch sah eine Lohnkürzung in Höhe von 10 Prozent jedoch erst ab 16. April vor. Bekanntlich hatte auch die französische Grubenverwaltung einen Lohnabbau für den 16. März in Höhe von 12 Prozent angekündigt. Die hierüber geführten Verhandlungen mit der Bergwerksdirektion in Saarbrücken blieben erfolglos. In den daraufhin in Paris geführten Verhandlungen im französischen Handelsministerium kam eine Einigung mit den Gewerkschaften daraufhin zustande, daß der Lohnabbau am 16. März mit 5 Prozent begonnen und am 16. April mit weiteren rund 4 Prozent fortgesetzt werden sollte. In den Belegschaftsversammlungen, die darüber im Saargebiet stattfanden, kam zwar starke Unzufriedenheit über diesen beschlossenen Lohnabbau zum Ausdruck, immerhin fand sich aber keine Mehrheit für einen Streik. Nach Lage der Dinge konnte damit gerechnet werden, daß auf Grund des ergangenen Schiedsspruchs für die Schwerindustrie und auf Grund der Pariser Vereinbarungen für den Saargrubenbau ein allgemeiner Wirtschaftskampf vermieden wurde.

Eine schärfere Note in diese ganze Frage brachte dann die Mitteilung des Arbeitgeberverbandes für das Saargebiet, daß er sich gezwungen sähe, bereits am 16. März mit dem Lohnabbau zu beginnen, und zwar so, daß an diesem Tage die Löhne um 4½ Prozent gekürzt würden. Die Erregung über diese Entscheidung in der Arbeiterschaft ist erklärlich, nachdem aus den vorausgegangenen Verhandlungen mit den Vertretern der Schwerindustrie der Eindruck gewonnen werden konnte, daß die Schwerindustrie eine Verschiebung des Lohnabbaues bis zum 16. April für tragbar hielt.

Des Rätsels Lösung ergab sich sehr bald. Aus Paris erfuhr man, daß der französische Handelsminister der französischen Grubenverwaltung die Anweisung gegeben hatte, auf die saarländische Schwerindustrie, soweit sie auf den Bezug der Saarkohle angewiesen ist, zu drücken, gleichzeitig mit der französischen Grubenverwaltung in den Lohnabbau einzutreten. Hierbei waren zweifellos politische Erwägungen maßgebend. In Paris hat man sich offenbar gesagt, daß es bei der Arbeiterschaft des Saargebiets einen ungünstigen Eindruck machen würde, wenn die französische Grubenverwaltung mit dem Lohnabbau voranginge. Die französische Bergverwaltung des

Saargebiets hat dann auch die deutsche Schwerindustrie des Saargebiets dahin verständigt, daß bei einer Hinausschiebung des Lohnabbaues in der saarländischen Schwerindustrie eine Kohlenpreiserhöhung eintreten müsse, die die jüngst beschlossene Kohlenpreissenkung mehr als ausgleichen wird. Man scheint dem Druck sogar noch härter ausgeübt zu haben, indem man den sich weigernden deutschen Großabnehmern saarländischer Kohle die Sperrung der Kohlenlieferung androhte, falls sie nicht den Lohnabbau gleichzeitig mit den Saargruben vornehmen würden.

Diese unerhörten, die Bestimmungen des Saarstatuts verletzenden Maßnahmen der Saargrubenverwaltung haben offenbar den Beschluß des Arbeitgeberverbandes für das Saargebiet herbeigeführt, vom 16. März ab unter Ablehnung des Schiedsspruchs in einen 4½prozentigen Lohnabbau einzutreten. Da die Belegschaften erst am 19. März zu dieser ganzen Frage Stellung nehmen, läßt sich über ihre Entscheidung noch nichts voraussagen. Auch welche Maßnahmen die Saarregierung ergreifen wird, um einmal die wirtschaftlichen Interessen der breiten Masse der arbeitenden Bevölkerung des Saargebiets, zum andern die Saarwirtschaft vor den Terrormahnahmen der französischen Grubenverwaltung im Schutz zu nehmen, ist noch nicht bekannt geworden.

Daß hier eine die Grundtendenz des Saarstatuts verletzende Willkür des französischen Grubensiskus vorliegt, unterliegt gar keinem Zweifel. Nach § 15 des Saarstatuts ist die französische Regierung verpflichtet, „ohne Rücksicht auf die Höhe der Grubenförderung den Bedarf des örtlichen, gewerblichen und häuslichen Gebrauchs stets nach dem Verhältnis zu befriedigen, das im Betriebsjahr 1913 zwischen dem örtlichen Verbrauch und der Gesamtförderung des Saarbeckens bestand. Nach den feierlichen Zusicherungen der alliierten und assoziierten Regierungen in Versailles darf die Regelung für das Saargebiet keinerlei wirtschaftlichen oder moralischen Schaden für die Bevölkerung dieses Gebietes im Gefolge haben. Die Saarregierung ist verpflichtet, entsprechend Artikel 46 des Versailler Vertrages für die Sicherstellung der Rechte und der Wohlfahrt der Bevölkerung besorgt zu sein. Alle diese Bestimmungen und Verpflichtungen werden aber verletzt durch den französischen Grubensiskus, wenn er sich das Recht anmaßt, auf Grund seiner wirtschaftlichen Vormachtstellung im Saargebiet Lohnregelungen zu diktieren, und die saarländische Wirtschaft unter Androhung der Kohlen Sperre zu bestimmten wirtschaftlichen Maßnahmen zu zwingen.

Somit ist aus dieser rein lokalen Lohnfrage des Saargebiets eine Prestigefrage des Völkerbundes geworden, der für den Schutz der Rechte der Saargebietsbevölkerung verantwortlich ist. Man darf wohl erwarten, daß, wenn ein solcher Druck, wie er von der französischen Grubenverwaltung der saarländischen Schwerindustrie gegenüber zur Anwendung gekommen ist, um von dieser eine ihrem eigenen Empfinden widersprechenden Maßnahme zu erzwingen, sich die betroffenen deutschen Unternehmer des Saargebiets an den Völkerbund wenden, um von diesem Abhilfe zu verlangen. Sollte diese ausbleiben, dann dürfte es Aufgabe der deutschen Regierung sein, dem Völkerbund auf diese unhaltbaren Zustände aufmerksam zu machen.

Saar und Reich gehören zusammen.

Um die Schaffung eines Saarausschusses.

In unserer letzten Nummer haben wir bereits kurz über die gemeinschaftliche Sitzung des Beratungs- und Aufsichtsausschusses der Gewerkschaften „Saar-Verein“, des Vorstandes des Bundes der Saar-Vereine und des parlamentarischen Saarausschusses der Reichs- und Landtagsfraktionen berichtet, die am 18. Februar im Preussischen Landtag unter Vorsitz des Bergassessors und Bergwertsoirektors a. D. Dröge, stattfand. In dieser Sitzung wurde u. a. durch den Bundesvorsitzenden Oberlandesgerichtsrat Andres über die Verhandlungen berichtet, die nach der Kölner Bundestagung zwischen dem Saar-Verein und der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes geführt worden sind. Er konnte mitteilen, daß die Schwierigkeiten, die in den Beziehungen des Saar-Vereins zur Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes infolge der Kölner Tagung eingetreten waren, durch eine offene Aussprache mit den Führern der Sozialdemokratischen Partei beseitigt worden seien, so daß man hoffen dürfte, daß der Saar-Verein in engerer Fühlung mit sämtlichen politischen Parteien des Saargebietes seine Arbeit weiter führen könne. Es könne nicht oft genug hervorgehoben werden, daß der Saar-Verein von vornherein als den allerersten Grundsatze seiner Tätigkeit immer festgehalten habe, sich um keinen Preis in eine der politischen Richtungen hineindrängen zu lassen, die in Gestalt der Parteien auftreten, sondern daß der Saar-Verein rein überparteilich handle. Der Saarverein stehe auf dem Standpunkt, daß der Wunsch und die Sehnsucht nach der Rückgewinnung des Saargebietes für das deutsche Vaterland in allen Parteien lebe, und daß es seine Aufgabe sei, die Gemeinschaft dieses Wunsches, die alle sonstigen Meinungsverschiedenheiten überragen müsse, zum Ausdruck zu bringen. Er konnte die Zusicherung geben, daß das Ziel erreicht sei, daß die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei mit den Vertretern des Saarvereins übereingekommen seien, wieder zusammenzuarbeiten.

Ein zweiter Grundsatze des Vereins sei, keine eigene Politik zu treiben, sondern soweit der Verein Politik treiben müsse, sich von der Politik der berufenen Stellen in Berlin und im Saargebiet leiten zu lassen. Dadurch werde dafür gesorgt, daß die Aufklärungsarbeiten in der Presse und im „Saarfreund“ in der Richtung der jeweiligen Politik laufe. Der Saar-Verein habe sich auch die größte Mühe gegeben, diese Orientierung hinsichtlich der Politik, die im Saargebiet getrieben werde, zu erreichen. Man habe aber bisher noch nicht die gewünschte Form dafür gefunden. Der „Saar-Verein“ habe daran gedacht, daß es gut wäre, wenn man einen festen Ausschuss hätte, der nicht zu groß sein dürfe und zusammengesetzt wäre aus Vertretern der verschiedenen politischen Parteien, wirtschaftlichen Gruppen und der Presse. Dieser Ausschuss solle zur Verfügung stehen, wenn irgend eine Frage grundsätzlich zu klären sei. Der Vorschlag des Saarvereins gehe dahin, einen festen Ausschuss zu bilden, da man sich davon eine große Förderung der Tätigkeit des Saarvereins verspreche.

In der Aussprache wurde unter anderem hervorgehoben, daß in den nächsten Jahren die politischen Fragen vielleicht etwas stärker in den Hintergrund treten würden und daß die wirtschaftlichen Dinge als das Primäre zu gelten haben werden. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß auch die Wirtschaft, vor allem vom politischen Standpunkt aus gewertet werden müsse. Die Saarwirtschaft könne man nicht verstehen, wenn man nicht die Politik zugrunde lege. Weiter wurde hervorgehoben, daß es sich bei der Arbeit um die Erhaltung des Deutschiums an der Saar und der Befreiung vom französischen Druck um eine eminent politische Angelegenheit handle. Das politische Moment stehe im Vordergrund. Das schließt aber nicht aus, daß man mit den Vertretern der Saarwirtschaft gemeinsam arbeite.

Von einem Vertreter der saarländischen Sozialdemokratie wurde darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften dasselbe Interesse an der Klärung von Saargebietsfragen hätten, sie würden sich voraussichtlich einer derartigen gemeinsamen Arbeit anschließen, wie er zu sagen glaube, obwohl er nicht für die Gewerkschaften spreche. Ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften vertrat die Auffassung, daß im Saargebiet jeder Führer wichtiger wirtschaftlicher Organisationen auch politisch orientiert sei. Man könne also beides vereinigen und bei der Wahl Rücksicht darauf nehmen, daß die wichtigsten Wirtschaftsgruppen des Saargebietes im Ausschuss vertreten seien. Vor dieser Aufgabe stehe ja auch jede größere politische Partei, die alle wichtigen Berufsgruppen bei der Kandidatenaufstellung berücksichtigen muß.

Nach weiterer ausführlicher Aussprache wurde eine dreigliedrige Kommission bestimmt, die im Saargebiet die Frage der Bildung eines Saarausschusses weiter klären und dem Vorstand des Bundes der Saar-Vereine das Ergebnis mitteilen soll.

Hierauf entwickelte der Bundesvorsitzende Oberlandesgerichtsrat Andres den Arbeitsplan für 1927. Er umgrenzte den Rahmen der Arbeit wie folgt: Man habe in erster Linie zu sorgen für die richtige, dauernde und immer lebendiger werdende Aufklärung über das Saargebiet in der Richtung, in der sich die Politik des Reiches und die deutsche Politik im Saargebiet bewege. Als Instrument für diese Tätigkeit diene vor allem der „Saarfreund“. Wenn man die Tätigkeit des „Saarfreundes“ in den ganzen Jahren rückwärtig betrachte, werde man zufrieden sein und sehen, daß Gutes geleistet worden sei. In diesem Sinne wolle der Saarverein fortfahren und im „Saarfreund“ die reine Ueberparteilichkeit zum Ausdruck kommen lassen. Hinsichtlich der Einflußnahme auf die Presse sei man ständig bemüht, weiteren Boden zu gewinnen und immer wieder zu Berichten über die Saarfrage anzuregen. Auch hier habe man wohl Fortschritte gemacht, wenn auch noch sehr viele Wünsche übrig blieben. Die Aufklärung erstreckte sich weiter auf die rednerische Aufklärungstätigkeit, zu der im Laufe der Jahre eine ganze Reihe von Personen hinzugezogen worden sei.

Verwaltungsdirektor Bogel erklärte, er wäre vor allen Dingen dankbar, wenn die im Saargebiet selbst erscheinenden Druckchriften, die sich mit Saarfragen befaßten, dem Saarverein immer möglichst regelmäßig zu gehen würden. Man habe es sich zur Pflicht gemacht, alle derartigen Druckerzeugnisse, und zwar sämtlicher politischer Parteien, käuflich zu erwerben und zu vertreiben. Die Druckchriften würden den Ortsgruppen empfohlen und auch sonst zu verbreiten gesucht. Für die Druckchriften die der Saarverein selbst herausgegeben habe, habe man große Anerkennung auch bei Universitäten des Auslandes gefunden. Weiter beschäftigte man sich mit der Frage der Berücksichtigung des Saargebietes bei Neuwahlen für den Reichstag und die Landtage hinsichtlich der Auswahl der Kandidaten. Der Berichterstatter Oberlandesgerichtsrat Andres wies darauf hin, daß nach den Versailler Bestimmungen keine Bedenken bestehen, Saarländer in die deutschen Parlamente zu wählen. Vom Saarverein aus habe man es für sehr erwünscht gehalten, wenn von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht würde. Das gehe nur auf dem Umwege, daß sich die politischen Parteien bereit erklären, an aussichtsreichen Stellen ihrer Kandidatenlisten Herren aus dem Saargebiet aufzustellen. Man sei an sämtliche politischen Parteien herantreten, habe liebenswürdige Worte gefunden aber nichts erreicht.

In der Aussprache wurde von sämtlichen Vertretern des Saargebietes erklärt, daß es dringend erwünscht wäre, wenn in dieser Richtung weiter gearbeitet würde, umso mehr, als die nicht im Saargebiet geborenen Saarländer im Saargebiet des passiven Wahlrechts beraubt seien. Es müsse da ein Ausgleich geschaffen werden. Die sozialdemokratische Partei habe dem Verlangen schon einmal Rechnung getragen, da aber die anderen Parteien diesem Beispiel nicht gefolgt wären, bliebe es wohl auch für die sozialdemokratische Partei eine wenig wertvolle Geste, einen Vertreter aus dem Saargebiet wählen zu lassen. Jetzt sei man aber in den Verhältnissen ein Stück weiter gekommen, die die Frage spruchreifer mache als je. Bei dem heutigen Stande der Außenpolitik müsse man damit rechnen, daß sich die ganze Liquidation während der nächsten Parlamentsession abspiele. Man lege den größten Wert darauf, daß dann die lebendige Fühlungnahme mit den Vertretern des Saargebietes vorhanden sei. Eine Vertretung in den kommenden Parlamenten sei daher viel wichtiger als eine Vertretung in dem bisherigen Parlament.

Der nächste Punkt betraf die Frage der Vorbereitungen für die Abstimmung der Saargebietsbevölkerung. Hierzu führte Oberlandesgerichtsrat Andres unter anderem aus, daß, wenn auch alle von der Hoffnung erfüllt seien, daß die Saarfrage vor 1935 ohne eine Abstimmung im deutschen Sinne gelöst werde, man vom Saarverein die Möglichkeit einer zukünftigen Abstimmung doch im Auge behalten und aufmerksam die Dinge verfolgen müsse, die auf eine Vollständigkeit der Abstimmungslisten gerichtet seien. Der Völkerverbund habe neuerdings das Material wieder gesichert. — Ein Vertreter aus dem Saargebiet glaubt den Verlauf der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich so beurteilen zu dürfen, daß Frankreich im entscheidenden Moment einsehen werde, daß eine Abstimmung keinen Wert habe. Frankreich werde sich die von vornherein bestimmte Niederlage wahrscheinlich nicht holen. Natürlich müsse sich der Saarverein für alle Fälle vorbereiten.

Herr Ommert betonte, daß in dieser Frage der Grundsatz gelte: bereit sein ist alles! Man müsse, wenn das Saargebiet zur Abstimmung gezwungen werde, das Material beisammen haben.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wurde die Frage der Rechtungsgültigkeit der Ausweisungen behandelt. Es bestehen noch eine ganze Reihe von Ausweisungen. Ueber die Frage, wie weit sie zurückgezogen sind, gehen die Meinungen auseinander.

Zur Frage des Tagungsortes für die nächste Jahresversammlung des Bundes der Saar-Vereine führte Verwaltungsdirektor Vogel unter andern aus: Nach dem bis jetzt die Bundestagungen immer in größerem Umfang abgehalten worden seien, wolle man in diesem Jahr zu einer einfachen Art zurückkehren, indem lediglich eine geschäftliche Sitzung und am Nachmittag eine große öffentliche Versammlung mit allgemeiner Aussprache über wichtige Saarfragen stattfinden solle. Es sei beabsichtigt, hierzu je einen Redner von sämtlichen politischen Parteien des Saargebiets, und zwar möglichst aus dem Saargebiet selbst zu gewinnen. Als Ort der Tagung sei, nachdem die bisherigen Bundestagungen immer auf preussischem

Boden patrefunden hätten, diesmal Würzburg in Aussicht genommen. Die Vorbereitungen würden demnächst beginnen. Der Tag werde innerhalb des Vorstandes nach Fühlungnahme mit dem Saargebiet festgesetzt werden. Es werde großer Wert darauf gelegt, daß recht viele Teilnehmer aus dem Saargebiet kommen.

Zum Schluß berichtete Verwaltungsdirektor Vogel über wirtschaftliche Fragen der Geschäftsstelle. Ihre Finanzlage sei nicht allzu günstig, da vielfach die Auffassung bestehe, daß die Saarfrage im Grunde gelöst sei. Die Verhältnisse zeigten, daß in Wirklichkeit die Arbeit des Bundes und der Geschäftsstelle noch ebenso notwendig sei wie bisher.

Damit waren die rein geschäftlichen Fragen erledigt, und man wandle sich nunmehr der Aussprache über wichtige Saarfragen zu, auf die wir in unserer nächsten Nummer zurückkommen werden.

Im Weinland der Saar.

Sehet, unbändig schwellen die Trauben.
Rüstet die Kelter und rüstet den Krug.
Jegliche Beer' eine sonnige Klausel,
Drinnen ein Glutelf brauet die Flut.

Sonnenkinder des Südens sind die Rebe und ihre köstlichen Trauben. Und wenn für unsere Rebberge im deutschen Land wahr werden soll, was Gottfried Keller in obigen Versen so begeistert schaut und singt, dann müssen Erde und Sonne der Heimatberge durch Sommer und Herbst hin ihre tiefste Kraft versprühen, müssen hundert volle Segenstage liegen zwischen dem Zauberduft der Rebbüte des jungen Sommers und den graustilligen, schwermütigen Nebeln der letzten Oktobertage.

Im Windumemanoh, wie Karl der Große den Weinmond Oktober nennt, muß man drunten wandern im schönen Weinland unserer Saar und Winterleben und Weinlese dort schauen. Das ist das Rechte; und was ganz Feines vermag dir dann dort zu werden, wenn du nur ein wenig Glück hast. Wohl, nur allzu süßlich ist meist die Poesie, mit der Dichter und Maler beide in ihren Bildern umkleiden. Ein Lächeln entlocken sie dem, der weiß, wie Weinbau schweres Mühen ohne Ende bedeutet in Ringert und Kellertiefe, der beim Herbstfest einmal sah, wie die Mädchen in nackalten Rebellenschwaden oder frühem Schnee selbst die steilen Schieferhänge hinaufkrüden von Zeile zu Zeile und mit verklammten Fingern freudlos die Trauben lesen, kümmerliche Ernten oft, wie sie sich zuweilen in Reihen von ungünstigen Jahren folgen. Und doch: wenn nur auch spärlich dann die Kelter rinnt — süßer Duft von jungem Most bedeutet immer neu ein Aufblühen von Erntefreude. Und auch dann noch halten die Musterbetriebe unserer Reingemerkungen an der unteren Saar, die Staatsdomänen, fest an dem schönen Brauch des frohen Erntefestes. Hunderte von Arbeitern und fleißigen Winermädchen schlingen hier vor dem schmutzen Verwaltungsbau zum Schluß der Lese den Reizen um das letzte Traubenfaß, das Lannenrath und bunte Bänder umwinden. Köstlich sind diese Winzerfeste mit ihrer weinfrohen, sprühenden Lebenslust. Wie aber voller Jubel eines oeleanteten Jahres in den Rebbergen der Saar das „letzte Faß“ bei der Lese heimgeleitet, wukte der Düsseldorfer Künstler Daniel Zachariasaar prächtig lebenswahr festzuhalten in seinem Wandgemälde „Winzerzug an der Saar“ in der Probierstube der Domänenzentrale in Trier. Auf dem Hintergrunde des einlaartigen Talbildes von Oden reist er seine klassischen Originaltypen von Bauer und Gutsverwalter um das Ochsenpaßpann des letzten Traubenfaßes, dahinter dralle Saarmägdelein mit frischen Manen und Schelmchen, die singend zelehen und lächernd der sprühenden Burschenlust wehren, die allzu stürmisch sie umwirbt.

Tiefer und sinnfälliger aber als das Schauen solcher Bildschöpfungen ist das Erleben ihrer Motive an Ort und Stelle, in oktobergoldener Rebgemarkung, mostduftendem Kelterhaus droben und heimlicher Kellertiefe drunten. Ein gar köstliches Wandern ist es hier, wenn über Obstbaumgehäusen und Wildbuden, über Lohrheck und Veromald der felsigen Höhentämme die rostbraunen Rata des Herbstlaubes in tausend malerischen Farbentönen leuchtet und olutet. In den Gefallen auch, wo die milde Herbstsonne ein feines Arolatneq spannt über das Goldgrün der Riesen, das welche Samthraun der frisch oebrochenen Schollenpreiten und das silbende Mattorin der südduftenden Rebgärten, draus Reindrosselschläge lodend aufschwärmen. Ein gar frohes Schreien durch die Dorfassen auch, mo lustiges Hämmern um die bauchigen Tonnen neu die Reifen festigt. Und ein selbes Rasten, mo süßer Mostduft aus der oastlich offenen Tür eines Kelterhauses lodt und lädt zum Verweilen und Rasten. Und sollten die Kelter der weiten Runde allseits mühsig stehen, dann weiß ich dir noch heimliche Kellertiefen. So daß du trotz einer solanen Fehlernte nimmer brauchst durstig

und ungetrunket von dannen zu ziehen. Dort lagern, fürsorglich gesondert, noch Flaschenzeilen aus jüngsten, älteren und ältesten Jahrgängen. Ganz lehrreich sind diese rückwärts reichenden Probestapel seiner Krezgenen. Und Poesie ist es, einmal zu blättern in diesen verstaubten „Weinbibliotheken“, wie Viktor Schefel sie benamset, und ihren geheimnistiefen Enthüllungen. Uebrigens, diese Weinkeller! Wie gute Stuben werden sie gehalten. Und mit den Probierklauen, die oft über ihren Gewölbetiefen sich aufstun, sind sie lauschige, stimmungsvolle und genueßerhöhende Gelasse. Aber — gefährlich kann der Aufenthalt in ihnen werden. Der Wein, den du dort trinkst, erscheint dir, solange du unter der Erde bist und im Wohlgeheim der dufschweren Kellere, als ein gar lieblicher Gell und ein herrlich süßig Ding. Doch, wenn du dann wieder ans Licht steigst und die frische Luft, nimmt er dich beim Ohr und führt dich so durch die selig umnebelten Dorfassen, daß es belustigt dir nachschaut und heimlich hinter dir her sichert. Drum Vorsicht beim Studium jener alten Kellersolanten!

Saarweine — ein lieblich, gar herrlich süßig Ding? Ich weiß wohl: der hochmütige Rheingauer leet das mit verächtlich überlegenem Lächeln im Gedanken seiner an feinsten Grazie so unübertrefflichen Hochgewächse von Steinberg und Johannisberg, Rauental und Rüdesheim. Und auch der Pfälzer des Ronnegaues um Deidesheim und Forst hält mir mit überhebendem Grinsen eine 1900er Deidesheimer Grain vor die Nase und hänselt meinen Lokalpatriotismus mit dem derben Pfälzer Spottwort, daß unsere Weine von Saar und Mosel wohl ganz gut zum Zähneputzen seien, nimmer aber zum Trinken. Doch oemach, ihr zwei! Der ehrenwerte und trinkfeste Hohe Herr Kurfürst Balduin von Trier, der auch euch Edelingen den Zoll der Wertschätzung und Ehrung sicher nicht versage, kürte schon Anno 1588 einen von der Saar, den Bodsteiner, zu seinem Lieblingstrunk. Und der Hohe Reifne Herr war gewiß ein Kenner, der wukte, was gut und trinkbar war unter den besten Tropfen aus seinem Sprengel wie aus denen seiner erlauchten Herren Nachbarn von Kur-Mainz und der Pfalz bei Rhein. Schwer von Alkohol und Edelsüße, wie eure Könnisse, ist das Rieslinohlut unserer blauen Saarschieferhalben wohl nicht. Denn nicht stehen unsere Bergareben in süßlich sonnigen Gefilden, wie die von Deidesheim und Eberbach, wo Mandelsblütenduft und würziger Ruch reisender Felgen sie umhauchen. Dafür aber trinken unsere Saarweine aus selbstsam oewürztem Schieferoestein, lodender Verasonne und durchnaeitigenden Herbstnebelduft an ganz Eioenartiges an Karhentönung, frühstücker Edelsäure und erdrauchtem Arom, Rasse und Art bodenständigen Ritteradels. Schau sie dir an und laß sie andächtig dir einaeen mit alle ihren Köstlichkeiten, die hochberühmten von Ayl und Bawern, Millinon, Schurhof und Panzem! Bald satt und trinkmüde, wie die heiksbütigen schweren Adelinee vom Rhein, machen sie nicht, kelleibe nicht. Analt der Wropfen der Saarweinflasche, so rieselt es dem Wein aumächst selber durchs goldorline Mut. Alle outen Geister stehen in ihm auf und schweben empor. Ein süßstücker, aartoeitiger Ruch, gewebt aus Erdruch, Sonnenschein, Mildrosenduft, Rosellana und herlicher Mädelein Süße — das ist seine Sonderheit. Und nach Leben Krende, Genueq drängt alles in ihm — aetrunken will er sein. In jedes Glases Reige alüht lodend neu schon die Sehnsucht nach dem nächsten wieder auf. Das ist Saarweinart. —

Schön ist es, missend um all die Heimatköstlichkeiten da drunten in herbstoolbenen Oktobertagen zu wandern im Weinland unserer Saar und lodend zu rasten bei ihren süß rinnenden Kellern. Nicht allzu ark ist das Gebiet. Nur etwas mehr als tausend Hektare überdeckt hier der Rebhan, vom Kirchberg droben in der sonnenwarmen Felsrotunde oberhalb Serrig bis zur Saarmündung bei Conz. Aliehrwürdiger

klosterlicher Weinbergbesitz und geistliche Weingüter, Weinberge von Kleinwinzern und feudale Mustergrüter von Weingewaltigen und Staatsdomänen reihen sich hier nebeneinander. Vierundzwanzig Dorfgemarkungen teilen sich in die Rebensfläche, die nur Qualitätsweine erzeugt. Mit dem größten Besitz an der Spitze stehen: Wiltzingen Serrig, Oberemmel, Dörfen, Conz, Ayl, Schöden, Trisch, Saarburg, Canzern.

Weinreifer von gutem Klang nennt uns ihre Reihe. Und der Heimatkundige weiß, welche hochwertigen Marken und Kreszenen diese Namen mit Stolz ihr eigen nennen und hinausgehen lassen in die weinfrohe Trinkerwelt. Veis begehrliche Sehnsucht wird wach bei ihren leuchtend gekapselten Flaschen, aus deren vornehmen Etiketten und feinen Lettern Namen locken, in denen gar sinnige Poesie schwingt: Würzberger; Serriger Bogellang, Saarsteiner Kirchenpfad, Staadler Maximiner und König Johannberger; Saarburger Rausch und Mühlberger, Antoniusberger und Lagentaul; Niederlentener Fuchs und Stier; Trischer Fröhner, Sonnenberger und Huberberger; Dörfener Bodsteiner, Geisberger und Trinenberger; Aylker Herrenberg und Rupp; Wiltzinger Rupp-Braunfels, Kopp, Kreuzers und Gottesfuß; Schwarzberger und Schwarzhoferberger; Oberemmeler Zuderberger, Hütte, Rosenberger und Agritiusberger; Canzemer Unterberger, Altenberger und Sonnenberger; Canzemer Schabberger und noch hundert andere mehr. — Wen es aber auf hoffnungsfeudig angekreterter Weinmondfahrt drunten jäh treffen sollte, daß nachhalter, zäher Herbstnebel ihm Sonne, Licht und Frohsinn in dumpfen Bann schlägt, der entfliehe dem unholden Nebelheim. In der Zentrale des Gebietes, dem altromantischen Saarburg, gehe er strads vor Anker bis zum nächsten Sonnentag und zu neuer Weiterfahrt. Ein gar köstliches Standquartier ist es für Herbst- und weinfrohe Saarlöcher mit seinem Kranz alter und neuer Schenken und Klauen, die voll sind vom verschwiegene Heimlichkeiten. Zu ihnen pilgere er stehenden Fußes. Den Wanderfreund oder die Herzaute zur Seite, spinne er sich ein in ihre Netze. Und in seligen Stunden des Gefangenseins hier lasse er aus immer neu zusammenklingenden Kristallen und ineinanderblühenden Augen lebendig aufblühen, was der Altmeister Th. Storm so weise ihn lehrt in seinen frohstarken Zeilen vom Herbst der Zeit und herbsten Tagen des Lebens:

Der Nebel steigt, es fällt das Laub,
Ich ent ein den Wein, den holden!
Wir wollen uns den grauen Tag
vergolden, ja vergolden . . .

ih.

Warum das Saargebiet auf der Berliner „Rhein-Wein“-Ausstellung fehlte.

Zu unseren Ausführungen über den Berliner Werbemonat für deutschen Rhein und deutschen Wein in Nr. 4 unseres „Saar-Freund“ wird uns vom Reichsausschuß für Weinpropaganda geschrieben, daß die Fachausstellung über den deutschen Weinbau, welche auf Veranlassung des Berliner Messeamts zusammengestellt worden ist, in ganz kurzer Zeit eingerichtet werden mußte. Es sei daher z. T. nicht möglich gewesen, Material aus allen deutschen Weinbaugebieten zusammenzubringen. Es geht dies in der Hauptsache jedoch nicht auf Berliner Stellen zurück, sondern auf Stellen im Weinbaugbiet, die sich entweder nicht oder nur unter — im Augenblick nicht erfüllbaren — Vorbehalten zu einer Beteiligung an der Ausstellung entschließen wollten. Immerhin sei es nicht zutreffend, daß der Weinbau an der Saar überhaupt nicht berücksichtigt worden sei. In der vom Reichsausschuß für Weinpropaganda eingerichteten Koje Nr. 14 hätten sich verschiedene Aufnahmen aus dem Film „Wein, Weib, Gesang“, befunden, darunter auch Ansichten von der Saar z. B. Serrig. Ähnliche bildliche Darstellungen seien auch bei dem übrigen Material über den deutschen Weinbau gewesen.

Warum die Wappchen verschiedener Städte aus dem Saargebiet nicht vertreten waren, entziehe sich der Kenntnis des genannten Ausschusses. Durch diese Mitteilungen werden unsere Ausführungen keineswegs entkräftet. Gerade der Hinweis auf die „Stellen im Weinbaugbiet“ die sich nicht rechtzeitig hätten zu einer Beteiligung entschließen können, berührt einen Punkt, den wir in unserer letzten Nr. erwähnt haben, daß bei dieser Ausstellung nämlich sehr einseitige lokale Geschäftsinteressen mitgesprochen haben. Auf keinen Fall war die Ausstellung geschickt und wir zweifeln, daß sie ihren Zweck erfüllt hat.

**Jeder Deutsche muß Mitglied
des
Bundes „Saar-Verein“ sein!**

Der Saarbergbau in vergleichender Betrachtung.

Unter dieser Überschrift schreibt die „Saarbr. Zeitung“ folgendes:

Der Saarbergbau hat unter französischem Regime im Jahre 1926 — nicht zu vergessen, mit einer um rund 20 000 Arbeitern (worunter etwa 16 500 unter Tage) höheren Belegschaft — die letztjährige Vorkriegsproduktion des damals preußisch-bayrisch-fistalischen sowie Privatbetriebs mit 13 680 847 To. gegen insgesamt 13 278 445 To. in 1913, also um 402 329 To. (wohlgemerkt!) Nettoförderung zum zweitenmal übertroffen, ohne jedoch die Rekordförderung des Jahres 1924 von 14 032 118 To. zu erreichen. Die reine Kohlenförderung des Jahres 1926 betrug vielmehr 351 247 To. weniger als in 1924, in welchem Jahre allerdings etwa 2500 Bergleute mehr angelegt waren; dagegen überschritt sie die Förderung des — durch einen einwöchigen Generalstreik beeinträchtigten! — Jahres 1925 um 691 025 To. Die Gesamtförderung des Jahres 1925 war infolge des erwähnten Umstandes 288 596 To. geringer als die des Jahres 1913 gewesen. Auffällig erscheint, daß, während die Förderung der vom französischen Staate selbstbetrieblenen Gruben von 12 597 116 To. in 1925 auf 13 318 819 To. im Vorjahre stieg, die Produktion der an eine französische AG. verpachteten Grube Frankenholz von 392 733 in 1925 auf 362 055 To. in 1926, also um 29 678 To. gegen 1925, übrigens auch um 26 017 To. gegen 1924 abnahm, damit sich aber immer noch um 20 886 To. höher als die letztjährige Vorkriegsproduktion (nämlich 362 055 To.) stellt.

Ein Blick auf die Entwicklung der letztjährigen Monatsproduktion enthüllt die vielleicht zunächst befremdliche Tatsache, daß der Saarbergbau durch das große Ereignis des englischen Bergarbeiterstreiks in seiner Produktionsziffer durchaus nicht beeinflusst worden ist. Während der gesamte kontinentale Kohlenbergbau von dieser Zufallskonjunktur durch größtmögliche Förderung Nutzen zu ziehen versuchte, erreichte der Saarbergbau seine bisherige monatliche Spitzenleistung im März, also zwei Monate vor Beginn des englischen Ausstandes; die ersten Sommermonate zeichneten sich sogar durch den üblichen Produktionsrückgang aus. Die Standortslage des Saarbergbaues, die Qualität der Saarkohle, die begrenzte Rekrutierungsmöglichkeit und (nicht zuletzt) die Preispolitik — in Gestalt fortgesetzter Höbertarifierung trotz gleichzeitig steigenden Frankenwertes! — erklären diese regelwidrige Erscheinung. Erst im Dezember, also bei bereits sich kräftig vollziehender Wiedergutmachung der englischen Streikausfälle, näherte sich die Monatsproduktion wieder derjenigen des März am meisten, nachdem gerade im August, September und November ein besonders auffälliger Rückgang festzustellen war. Nur hinsichtlich der Absatzrichtung gab der mehr als halbjährige englische Ausstand Veranlassung, die Ausfuhr besonders nach Deutschland zu gunsten französischen Reservats zeitweilig über ein Drittel zu droffeln.

Bei einer Gesamtförderung von 13 318 819 To. wurden im Jahre 1926, laut Angabe der französischen Bergwerksdirektion, 1 050 136 To. von den Gruben (einschließlich der elektrischen Zentralen und der angegliederten Betriebe, jedoch ausschließlich Deputat- und Kokslohlen) selbst verbraucht (gegen 957 929 To. in 1925, 995 340 To. in 1924 und 561 140 To. — bloß im preußischen Fistalbetrieb — in 1913), 362 822 To. als Deputatkohlen an die Arbeiterschaft geliefert (gegen 356 389 To. in 1925, 393 029 To. in 1924 und 96 704 To. — nur im preußischen Fistalbetriebe — in 1913), 351 220 To. zur Koksfabrikation verwertet (gegen 354 570 To. in 1925, 282 220 To. in 1924 und 335 138 To. in 1913). Der Verkauf und Versand wird für 1926 mit 11 973 551 To. beziffert (gegen 11 325 861 To. in 1925 und 12 497 788 To. in 1924). Da diese aufgeführten Ziffern insgesamt 13 737 729 To. ergeben, so müßten 56 855 To. aus Beständen des vorausgehenden Jahres zur Verteilung herangezogen worden sein. Tatsächlich beliefen sich die Halbvorräte Ende Dezember 1926 auf 68 078 To. gegen rund 125 000 To. am Jahresende 1925.

Die Statistik über die Absatzgebiete der Saarkohle liegt (gleichwie die Belegschaftsstatistik usw.) noch nicht vor. Es sei erinnert, daß im Jahre 1925 (im Vergleich mit den letzten Vorkriegsjahren 1913) von der Gesamtförderung der Saarbergwerke 36 Prozent (39) im Saargebiet blieben, 8 Prozent (33) nach dem übrigen Deutschland gingen. 42 Prozent nach Frankreich (1913: 11 Prozent nach Elsaß-Lothringen und 8 Prozent nach Frankreich), 4 Prozent (6) nach der Schweiz, 3 Prozent nach Belgien-Luxemburg, 5 Prozent nach Italien und 1 Prozent nach Österreich (1913: 3 Prozent nach den „librienen“ Ländern).

Was die Leistung betrifft, so belief sich die durchschnittliche Tagesförderung im Jahre 1926 auf 45 690 To. (höchst arbeitsmäßig im Dezember 48 541 To., März 46 933 To.), gegenüber 45 170 To. in 1925, 46 960 To. in 1924 und 44 054 To. in 1913. Die durchschnittliche Tagesleistung des Bergarbeiters (auf den Kopf der Gesamtbelegschaft unter und über Tage berechnet) betrug im Dezember 1926: 713 Kilogramm im November 1926, gegen 696 im November-Dezember 1925 und im Jahresdurchschnitt 1912 (längere Schichtzeit!): 780 Kilogramm.

Kleine politische Umschau.

Werbung für den französischen Schulunterricht.

Wie die „Neunkirchner Volkszeitung“ mitteilt, sind den Eltern der 10jährigen Volksschulkinder nach dem Muster des Vorjahres auch in diesem Jahre wieder durch einfach verfügte zwangsweise Vermittlung der Schule die bekannten Anmeldebescheinigungen übermittleit worden, die den Zweck haben, die Kinder für den französischen Unterricht zu verpflichten. Dieser Schein lautet scheinbar auf den wahlfreien (facultativen) Unterricht; bei genauem Zusehen stellt sich jedoch heraus, daß der Unterricht in der französischen Sprache, falls er einmal „gewählt“ ist, obligatorisch, d. h. Zwangsunterricht wird, für den die Eltern selbstverständlich auch alle Veranlassungen schaffen müssen. In einer I. Zt. der Regierungskommission durch die Lehrerkammer überhanden eingehend begründeten Denkschrift hat die deutsche Lehrerschaft des Saargebietes den schließlichen Beweis erbracht, daß der französische Sprachunterricht nicht nur die gesamte deutsche Volksschule im Saargebiet direkt schädigt, sondern auch praktisch wertlos ist, da es unmöglich ist, den Schülern in vier Jahren auch nur eine nennenswerte Fertigkeit an wirklichem sprachlichen Ausdrucksvermögen und tieferem Verständnis für das Wesen der französischen Sprache beizubringen. Bezeichnend ist, daß das in dieser Denkschrift niedergelegte Tatsachenmaterial seitens der Regierungskommission bis heute nicht nur ohne Antwort geblieben, sondern daß es der Lehrerschaft direkt verboten worden ist, die Eltern über den Unwert des französischen Unterrichts aufzuklären und zu beraten. Allein aus dieser Tatsache ergibt sich die hinterhältige Absicht der auf die Gewinnung von Teilnehmern an dem französischen Sprachunterricht in den Volksschulen hinielenden Maßnahmen.

Saarregierung und französische Fremdenlegion.

Es ist schon wiederholt von der saarbrückischen Presse darauf hingewiesen worden, daß sich im Saargebiet französische Werbekontoren befinden, eines vor den Augen der Saarregierung „Schloßplatz 15“ — durch die schon eine große Zahl von jungen Saarbrückern in die Hölle der französischen Fremdenlegion verschleppt worden sind. Die Saarregierung hat bisher nichts unternommen, um gegen das skandalöse Treiben der französischen Sklavenhändler vorzugehen. Alle Vorstellungen hat sie bisher mit der Erklärung abgetan, daß ihr von dem Bestehen solcher Werbekontoren nichts bekannt sei. (Siehe oben!) Sie hat es aber auch verabsäumt, beim Nachweis von Opfern der französischen Werbekontoren sich für ihre Befreiung einzusetzen. Die Verpflichtung der Saarregierung zum Schutz der Saargebietsbewohner vor den Werbemethoden der französischen Fremdenlegion ergibt sich aus einem besonders tragischen Schicksal, von dem ein junger Deutscher aus Sachsen betroffen wurde.

Hierüber berichtete die „Berl. Börs.-Ztg.“ u. a.:

In Kockweil in Sachsen lehrte vor kurzem der 24jährige ehemalige Fleischer Willi Seinig nach sechsjähriger Dienstzeit aus der Fremdenlegion in seine Heimat zurück. Seinig war als Siebzehnjähriger infolge Arbeitslosigkeit auf die Wanderschaft gegangen und fand im Saargebiet Erwerb. Hier wurde er unter allerlei Versprechungen als Arbeiter für eine Zementfabrik in Algier angeworben und unterschrieb auch im guten Glauben einen in französischer Sprache abgefaßten Vertrag, der in Wirklichkeit — ein Verpflichtungsschein für die Fremdenlegion war. Er mußte furchtbare Strapazen durchmachen und war auch an den Kämpfen gegen Abd el Krim beteiligt, kam später nach Syrien, wo er jahrelange Kämpfe und blutige Meutereien gegen die Drusen mitemachte und auch einmal verwundet wurde. Nach Ablauf seiner 5jährigen Dienstzeit wurde er von seinen Vorgesetzten so bedrängt, daß er wohl oder übel noch ein Jahr bleiben mußte, ließ sich aber Ende 1926 nicht mehr halten und setzte allein nun einsehenden Unfreundlichkeiten zum Trotz seine Entlassung durch. Nunmehr brachte man ihn nach Marseille, wo er zum Danke für seine treuen Dienste mit einem alten amerikanischen Soldatenanzug und 120 Mark Bargeld entlassen wurde. Kein Mensch kümmerte sich weiter um ihn; kalte Abweisung und feindlicher Haltung begegnete er, wo er um Unterstützung zur Heimreise bat, und erst seine wenig bemittelten Angehörigen mußten ihm Geld schicken, um ihm die Reise in die alte Heimat zu ermöglichen.

Gewiß ein starkes Stück, das ein treffliches Schlaglicht auf die Ritterlichkeit und die Dankbarkeit der grande nation wirft und wieder einmal glänzend die hohe Kulturstufe charakterisiert, von der das Land Poincarés so laut zu sprechen versteht!

Wie die französischen Werber im Saargebiet ihre Opfer einfangen, ergibt sich aus einer Meldung in der Saarpresse. Danach ist der Sohn der in der Pottaschdel wohnenden Eheleute Risl. Brandt, Hans, kürzlich aus der Fremdenlegion zurückgekehrt. Wie er erzählt, ist er am 22. Februar 1922 durch einen unbekannten Chauffeur, der in einer Gastwirtschaft in Bücklingen durch große Freigiebigkeit von Flaschenwein die Bekanntheit

machte, entführt und in die Fremdenlegion verschleppt worden. Nach Ablauf der vertragmäßigen Zeit ist der jetzt 25 Jahre alte Hans Brandt mit einem Freifahrtschein als einzigem Ausweispapier bis Forbach versehen, entlassen worden. Der Zurückgekehrte hat den ganzen Kistrieg mitemacht, war zweimal verwundet und hat nunmehr durch die unverhoffte Rückkehr seinen Angehörigen eine unbeschreibliche Wiedersehensfreude bereitet.

Man sollte meinen, daß jeder anständige Franzose und vor allem die französische Regierung Scham darüber empfindet, daß im Zeitalter des Völkerbundes und der Parole vom Selbstbestimmungs- und Menschenrecht die französischen Häher in fremden Ländern regelrechte Bauernfängereien treiben, um ihre Opfer für die französische Fremdenlegion zu überlisten. Das ist Sklaverei in des Wortes furchtbarster Bedeutung, Sklavenhandel, gegen deren Bekämpfung der Völkerbund eine besondere Kommission ernannt hat. Man sucht den Sklavenhändlern in den dunkelsten Erdteilen auf die Schliche zu kommen und ihnen das Handwerk zu legen. Nur in Europa sieht man ihr schändliches Treiben nicht, oder sieht es, tut aber nichts dagegen, weil es von Frankreich ausgeht wird. Es wäre wirklich an der Zeit, daß der Völkerbund sich auch in dieser Frage seiner Pflichten erinnerte und grundsätzlich die Fremdenlegionen verbietet. Solange er hierzu nicht die Macht und den Mut hat, hat er nicht das Recht, sich als Vertreter der Rechte der Kleinen und Schwachen zu bezeichnen.

Ein neuer Geheimerlaß der Regierungskommission?

Unter der Überschrift „Ist eine Notverordnung in Sicht?“ gibt die „Saarbrücker Zeitung“ eine aufsehenerregende Information ihres Genfer Berichterstatters wieder, derzufolge in die saarländische Beamtenschaft durch einen neuen Geheimerlaß mit allem Nachdruck auf ihre Schweigepflicht gegenüber allen Dingen, die sie kraft ihres Amtes zur Kenntnis erhalten, aufmerksam gemacht wird. Damit wolle man, schreibt der Korrespondent, verhindern, daß Mitglieder des Landesrates von den manchmal höchst skandalösen Vorgängen in der Verwaltung Kenntnis erhalten. Anscheinend wolle man sogar noch weitergehen und die Mitglieder des Landesrats selbst zur Rechenschaft ziehen oder mindestens zwingen, ihre Quelle für den Fall anzugeben, daß sie diese Verhältnisse mitteilen. Es scheint also nichts anderes als eine regelrechte Anhebung der offenen Meinungsäußerung geplant zu sein.

In einer Mitteilung an die Presse bestreitet die Saarregierung, daß der von ihr herausgegebene Erlaß die Tendenz habe, der ihm unterstellt wurde. Es handle sich nur um eine Verordnung, durch die die Beamten nachdrücklich daran erinnert würden, daß die Pflicht der Amtsverschwiegenheit auf das strengste beobachtet werden müsse. Zu der Verordnung der Saarregierung bemerkt die „Neunkirchner Volkszeitung“ mit Recht folgendes:

Wenn sich die Tätigkeit der Saarbeamten in normalen und gesetzlichen Bahnen bewegt — man darf bei dieser Gelegenheit an die weniger erfreulichen Fälle Kottion, Adler, Rollin, an die „berühmten“ Verfügungen gelegentlich der Jahrtausendfeier, an den geradezu „klassischen“ Brief des Expräsidenten Kault an den Weidensminister Hector erinnern — so wird man gegen den Erlaß grundsätzlich nichts einwenden können, vorausgesetzt, daß durch ihn nicht die Möglichkeit gesteigert werden soll, Beamte, besonders solche, die sich in gewissen Kreisen der Saarregierung in einer bestimmten Richtung „mißliebig“ gemacht haben, an der Hand der für die Beamtenschaft geltenden Sonderbestimmungen besonders zu schikanieren. Auf die praktische Anwendung im Einzelfalle wird es also immer ankommen. Daß die Saarregierung der Auffassung ist, mit diesem Erlaß die notwendige Kritik durch den Landesrat und die sonst dazu berufenen Organe der Öffentlichkeit unterbinden zu können, wird von ihr bereits nachdrücklich bestritten. Wir nehmen zu ihrem Besten an, daß sie nicht naiv genug ist, um diese Wirkung von ihrem neuesten Beamtenersaß ernsthaft zu erwarten.

Der französische Steuerbetrug im Saargebiet.

Die „Saarbrücker Zeitung“ verweist nochmals auf die ungeheuerliche Tatsache, daß auf Grund eines zwischen der französischen Regierung und der Regierungskommission des Saargebietes im Jahre 1923 abgeschlossenen Steuerabkommens der Beitrag der französischen Saargruben zum öffentlichen Haushalt des Saargebietes auf 15 Prozent festgesetzt wurde, wovon in den Jahren 1925 und 1926 sogar nur die Hälfte gezahlt wurde, während nach dem Versailler Vertrag der Beitrag der Gruben mindestens 33 Prozent ausmachen muß.

§ 13 des Saarstatuts bestimmt, daß die Grubenbeiträge zum öffentlichen Haushalt des Saargebietes „unter gebührender Berücksichtigung des Verhältnisses des Wertes der Gruben zu dem gesamten steuerpflichtigen Vermögen des Saargebietes festgestellt würde“.

Um den französischen Steuerbeitrag möglichst niedrig halten zu können, ließ sich die Regierungskommission zu der verhängnisvollen und zugleich betrügerischen Manipulation verleiten, bei Berechnung des gesamten steuerpflichtigen Vermögens des Saargebietes die Arbeitskraft der Saarbevölkerung in